Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1920 Nr. 209 — Jahrgang 213

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 6,00, vierteljährlich Mk. 18.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Morgen-Ausgabe — Freitag, 21. Mai

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 54 mm breite mm-Grundzeile 60 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 3.00 ℳ. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Der deutsche Geschäftsträger übergab dem alliierten Rat eine Note, welche gegen die fortgesetzte Erhöhung der Stärke der alliierten Besatzungstruppen im linksrheinischen Deutschland Einspruch erhebt, da Deutschland diese Belastung finanziell nicht ertragen könne.

* Im Oberhaus erklärte der Lordkanzler, England werde im Notfalle an das britische Volk einen Appell zur Verstärkung der gegen Irland zu verwendenden Streitkräfte richten.

* Die Bolschewisten haben an der Düna die Polen, bei Gurjeli am Kaspischen Meer die Engländer zum Rückzug gezwungen.

Abbruch der Saarverhandlungen

b. **Berlin**, 20. Mai.

Wegen Unstimmigkeiten mit den Mitgliedern der alliierten Mächte in der Grenzkommission für das Saargebiet hat sich, wie mitgeteilt, der deutsche Delegierte, Oberstleutnant von Hylander, zur Abreise entschlossen. Diesem bemerkenswerten Vorgang ist hinzuzufügen, daß nach dem Friedensvertrag die Grenzen des Saargebiets zu einem großen Teil mit den bestehenden Verwaltungsgrenzen zusammenfallen, die nach dem Wortlaut des Vertrages nicht geändert werden dürfen. Trotzdem wollte die Kommission am 15. d. M. eine Ueberschreitung der Grenze bei Mettlach und Einbeziehung weiteren Gebietes in das Saarbecken beschließen. Oberstleutnant von Hylander lehnte die Beteiligung an dieser Maßnahme ab, da sie eine Verletzung des Friedensvertrages darstelle. Der Vorsitzende der Kommission erklärte nun, daß man dann bei dem Botschafterrat die Entsendung eines anderen deutschen Delegierten beantragen wolle. Darauf verließ der deutsche Kommissar die Sitzung. Seine Haltung wird von der deutschen Regierung durchaus gebilligt, so daß man sich nicht veranlaßt sieht, Herrn von Hylander abzuberufen. Er ist jedoch angewiesen worden, die Mitarbeit an der Grenzfestsetzungskommission bis auf weiteres einzustellen.

b. **Ludwigshafen**, 20. Mai.

Die deutsche Grenzfestsetzungskommission, welche aus elf Mitgliedern, und zwar aus Offizieren und Vertretern der Regierung der Pfalz besteht, hat gestern in Zweibrücken die Festlegung der Grenzführung zwischen der Rheinpfalz und dem Saargebiet vorgenommen.

Der „Völkerbund" gegründet

b. **Rom**, 20. Mai.

Der Völkerbundsrat hat gestern seine öffentliche Schlußsitzung auf dem Kapitol abgehalten. Tittoni hielt eine Ansprache, in der er feststellte, daß der Völkerbund nunmehr endlich konstituiert sei und der Hoffnung Ausdruck gab, daß der Völkerbund seine hohen Aufgaben zu erfüllen imstande sein werde. Nach dieser Rede wurden verschiedene Berichte über die Kriegsgefangenenfrage, über die Abrüstung und über die Finanzfragen verlesen und einstimmig angenommen. Zum Präsidenten der Finanzkonferenz in Brüssel ist der frühere Schweizer Bundespräsident Ador ernannt worden.

Die Presse formation meldet aus London, von England aus werde eine Bewegung eingeleitet, um die unverzügliche Wiederberufung des Völkerbundes zu fordern, an der auch alle nicht angeschlossenen Länder, besonders Deutschland und Rußland, teilnehmen sollen. Auf dieser Konferenz soll die Auflösung des Obersten Rates beschlossen werden. Die weiteren Arbeiten werden alsdann der Friedenskonferenz des Völkerbundes übertragen.

w **Rotterdam**, 20. Mai.

Die hiesige Blätter melden, sind Asquiths kritische Bemerkungen über die internationale Politik der Alliierten sicherlich nicht ohne Einfluß auf die Haltung geblieben, die Lloyd George in Hythe eingenommen hat. Tatsächlich ist dort beschlossen eine Abänderung des Versailler Vertrages beschlossen worden, die sich vornehmlich auf die Deutschland auferlegte Schadenvergütung bezieht. Die Festsetzung einer bestimmten Summe bedeute einen kräftigen Schritt vorwärts auf dem Wege.

100 Milliarden genügen nicht

b. **Rotterdam**, 20. Mai.

„Echo de Paris" hat an befugter Stelle angefragt, ob die Zahlung von 100 Milliarden in Gold, deren Bezahlung Deutschland angeblich angeboten habe, richtig sei, und ob die Alliierten sich damit begnügen würden. Es wurde dem Blatte geantwortet: „Davon kann keine Rede sein. Wir verlangen mehr!"

Sobald die Sachverständigen in praktischer Weise die Lösung, die in Hythe getroffen worden ist, verwirklicht haben, wird Lloyd George nach London zu einer letzten Unterredung mit Millerand und George reisen. Die Hauptfrage bildet die Konferenz von Spa. Die Summe von 120 Milliarden Mark ist falsch. In keinem Falle wird, wie verlautet, die Summe von 100 Milliarden Mark in Gold, die Deutschland anzubieten bereit ist, angenommen werden. Ebenso wird gesagt, Deutschland nicht ermächtigt sein wird, in diesem Falle die Entscheidung der Alliierten zu diskutieren.

Das bedrohte Deutschtum

Interpellationen über Schleswig und den Osten — Frau Zietz bricht eine Lanze für die Schwarzen
Die Abgeordneten verlassen als Protest dagegen den Saal

Fortsetzung des Sitzungsberichtes

Die Besprechung der Interpellation über die Verwendung farbiger Truppen in dem besetzten Gebiet eröffnet

Abg. **Frau Zietz** (U. S.): Alle brutalen Instinkte entflammen nur dem Militarismus, der überhaupt beseitigt werden muß. Wenn Deutschland die Bedingungen des Friedensvertrages über die Stärke seines Militärs erfüllen würde, würde es ein geneigtes Ohr bei den Alliierten für die Verminderung der Besatzungstruppen finden. Die Interpellanten haben kein Wort gegen die unsittlichen Roheiten, die gegen deutsche Frauen durch deutsche Soldaten begangen sind. Auch in Rußland, Belgien usw. haben deutsche Soldaten solche Scheußlichkeiten begangen. (Stürm. Unterbrechungen; andauernde große Entrüstung; Rufe: Pfui Teufel!) Mit diesen Zurufen heißen Sie die Frevel taten der deutschen Soldaten gut. (Erneuter Lärm; stürmische Schlußrufe; die Rechte, das Zentrum, die Demokraten und ein Teil der Sozialdemokraten verlassen den Saal.) Es ist nur ein Rassenkampf gegen die Schwarzen, den wir nicht mitmachen.

Abg. **Frau Wende** (D. Vpt.): Für die Vergewaltiger seiner Kinder kann niemand einen Funken Liebe empfinden. Vielleicht nützt es noch, sich an den Papst zu wenden.

Abg. **Laverrenz** (Dtschntl.) begründet eine Interpellation betreffend

Maßnahmen der Internationalen Schleswig-Kommission,

die von allen Fraktionen außer den Unabhängigen und der Bayerischen Volkspartei unterzeichnet ist und sich wegen der Erlassung dänischer Gesetze und Einführung der Kronenwährung in der ersten Abstimmungszone beschwert. Da die Grenze noch nicht festgesetzt sei, seien besonders in der zweiten Zone die schwersten Schädigungen entstanden.

Reichsminister Dr. Köster: Die Schritte der dänischen Regierung sind weder mit dem Geiste noch mit dem Wortlaut des Friedensvertrags vereinbar. Wir haben am 11. Mai in einer Note in Paris und später in Flensburg protestiert, ohne Resultat. Das Recht ist auf unserer Seite, aber leider nicht die Macht, diese Rechtsbeugung zu hindern. Wir müssen im Süden der ersten Zone eine provisorische Währungsgrenze schaffen, und das geschieht. Die zweite Zone wird uns aufs engste angeschlossen werden. Nach dem nahe bevorstehenden Abzug der Kommission aus Flensburg werden wir auch die Zollgrenze nach Süden legen können. Ganz Deutschland wird nicht ruhen, bis alle unzweifelhaft deutschen Landesteile wieder mit uns vereinigt sind. (Beifall.)

Abg. **Pohlmann** (Dem.) begründet eine Interpellation aller Fraktionen mit Ausnahme der Unabhängigen betreffend die Rechte der deutschsprechenden Bevölkerung in den an Polen abgetretenen Gebieten. Diese Rechte würden andauernd aufs schwerste verletzt.

Reichsminister des Auswärtigen Köster:

Die Reichsregierung hat sich bemüht, soweit es nach dem Friedensvertrag irgendwie möglich ist, Abhilfe zu schaffen und wird weitere Schritte nicht unterlassen. Mehrere Punkte sind bereits von den Alliierten besprochen, und wo sich irgendwie eine Gelegenheit zur mündlichen Verhandlung über die Verletzung des Friedensvertrages ergibt, wird die Regierung es weiter tun. Sie ist auch entschlossen, gegen die Polen alle möglichen Druckmittel auf wirtschaftlichem Gebiet anzuwenden, um sie zur Einhaltung der übernommenen Verpflichtungen zu bestimmen. Für den Zweck ist seit mehreren Wochen gegenüber einer Reihe von Ausfuhrbewilligungen größere Zurückhaltung geübt und die Ausfuhr wichtigerer Artikel nur auf Kompensationsvertrag bewilligt worden. Die Zurücksetzung deutsch-polnischer Staatsbürger deutschen Stammes ist Tatsache und sie widerspricht dem Vertrage, als nach ihm alle polnischen Bürger gleichberechtigt sein müssen. Die Polen mögen sich darüber klar sein, daß auch in Deutschland sehr erhebliche polnische Minderheiten wohnen, die sich bis jetzt unbehindert der Ausübung ihrer kulturellen Rechte erfreuten. Was würden die Polen sagen, wenn gegen diese Minderheit gleiche Maßnahmen angewendet würden? Die lange Hinausziehung der Option und des Korridorverkehrs sind in Paris besprochen worden, und wir haben unseren Wunsch, sie bald zu regeln, nachdrücklich geltend gemacht. Ehe wir auf andere Verhandlungen eingehen, müssen diese wichtigsten Fragen erst erledigt werden. Wir hoffen, daß die Polen die Notwendigkeit bald einsehen werden. Auch wurden durch den Reichs- und Staatskommissar über den sichereren Eisenbahnverkehr im Korridor Vorstellungen erhoben. Einzelne Vorschläge werden der Botschafterkonferenz übermittelt werden. Auch die polnischen Umtriebe in Oberschlesien sind Tatsache, und die Regierung hat die Interalliierte Kommission nachdrücklich auf diese Gefahr aufmerksam gemacht. Der Vorsitzende dieser Kommission in Oberschlesien, der französische General Lerond, hat darauf erklärt, solange er an der Spitze dieser Kommission in Oberschlesien stünde, werde kein polnischer Soldat das Abstimmungsgebiet betreten. Die deutsche Regierung hofft, daß dieser französische General sich an sein Wort halte. Auch daß eine weitverzweigte Aufruhrorganisation besteht, ist Tatsache und wurde der Interalliierten Kommission mitgeteilt, auch sind Vorstellungen deswegen in London, Paris und Rom erhoben. Auch die Eingriffe in die Rechtspflege sind richtig, und die Richter, die ihre Tätigkeit eingestellt haben, bedienen sich nur eines Rechtes, das ihnen der Friedensvertrag ausdrücklich zugesteht. Auch hier haben wir Zustellungen erhoben, um die Wiederaufnahme einer geordneten Rechtspflege zu ermöglichen. Ferner wegen der Verhinderung der Mandatausübung oberschlesischer Abgeordneter haben wir Vorstellungen erhoben. General Lerond hat aber erwidert, der Oberste Rat habe so beschlossen, und danach habe er die Erlaubnis zur Reise den Abgeordneten nicht erteilen können. Sonst hat keine Kommission die Ausübung der Mandate beschränkt. Die Verteilung der Kohlen hat der Wiedergutmachungsausschuß in Paris für sich in Anspruch genommen. Er kann aber nach dem Vertrage nur bestimmen, wieviel Kohlen Deutschland zu liefern hat und hat nicht das Recht, über die Lieferung von Kohlen aus bestimmten Kreisen Deutschlands zu verfügen. Die Regierung hat daher Einspruch erhoben, und über diesen Einspruch wird zurzeit verhandelt. Die Verhandlungen führt der Reichskommissar für Kohlenlieferung in Paris, das Ergebnis ist noch nicht bekannt.

Abg. **Frau Schmidt** (Ztr.) begründet eine Interpellation aller Fraktionen betreffend

die Zustände in den Kreisen Eupen, Malmedy.

Reichsminister Dr. Küster: Bei den Verhandlungen in der belgischen Kammer war immer die Rede von einer Wiedervereinigung der Kreise mit Belgien. Die Kreise haben niemals zu Belgien gehört. Die Regierung hat einwandfreies Material dafür, daß die belgische Regierung die freie Abstimmung sabotiert. Die Schikanen und Ausweisungen mehren sich von Tag zu Tag. Wir haben bei der belgischen Regierung, der Friedenskonferenz und dem Völkerbund protestiert.

Es folgt die Interpellation der Abgg. Schulz-Bromberg und Gen. (Dtschntl.) betreffend die Feier des 1. Mai und die Erteilung von Urlaub an Arbeiter und Beamte in den Staatsbetrieben am 1. Mai.

Reichsarbeitsminister Schlicke erklärt, die Interpellation innerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantworten zu wollen.

Abg. **Schulz-Bromberg** (Dtschntl.) erklärt zur Geschäftsordnung: Das heißt nichts anderes, als die Regierung lehnt es ab, die Interpellation zu beantworten. Sie sei seit drei Wochen bekannt gewesen. Wenn der Minister es ablehnt, die Interpellation zu beantworten, so bedeute das, daß die Regierung der Beantwortung aus dem Wege gehen wolle. Denn bereits morgen gehe die Nationalversammlung auseinander. Das sei das schlechte Gewissen der Regierung. Als der Redner versucht, noch weitere Ausführungen zu machen, unterbricht ihn Präsident Fehrenbach, um darauf aufmerksam zu machen, daß die Auseinandersetzungen des Abg. Schulz nicht mehr zu den geschäftsordnungsmäßigen Ausführungen gehören. Der Redner redet trotzdem weiter. Es erhebt sich aber ein derartiger Lärm, daß seine weiteren Worte nicht mehr zu verstehen sind.

Abg. **Henke** (U. S.) begründet einen gestern eingebrachten Antrag Geyer-Letzig betreffend sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes in allen Teilen des Reiches.

Abg. **Löbe** (Soz.) wird mit einem großen Teile seiner Freunde für den Antrag stimmen.

Reichsminister des Innern Koch: Es ist nicht angängig, den Ausnahmezustand überall aufzuheben, da die Wahl gesichert werden muß. Doch soll geprüft werden, wie weit eine Milderung möglich ist.

Abg. **Gilsing** (Ztr.) ist gegen den Antrag.

Abg. **Schulze-Gävernitz** stimmt dem Minister bei.

Der Antrag wird mit den Stimmen der starkbesetzten sozialdemokratischen Partei angenommen.

Es wird dann abgestimmt über den Antrag des Ausschusses, die nachgesuchte Genehmigung zur Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens gegen den Abgeordneten Braß nicht zu erteilen. Die Abstimmung bleibt zweifelhaft. Bei Hammelsprung ergibt sich bei 207 Stimmen die Beschlußunfähigkeit des Hauses.

*

Präsident **Fehrenbach** eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Min.

Erledigt werden Gesetzentwürfe betreffend Erweiterung der Verordnung über militärische Amnestie, betreffend Entschädigungsansprüche verhafteter oder verurteilter Elsaß-Lothringer, betreffend die Erteilung einer Kreditermächtigung, betreffend Beendigung des Kriegszustandes zwischen Deutschland und Costarica, betreffend patentamtliche Gebühren in allen drei Lesungen.

Der Gesetzentwurf über den Personenstand wird in zweiter und dritter Beratung angenommen. Der Einspruch des Reichsrats gegen die Einstellung von 500 000 Mark zur Errichtung einer wissenschaftlichen Abteilung für Volksbildung an der Universität Frankfurt am Main wird dem Verfassungsausschuß überwiesen.

Erledigt in zweiter und dritter Lesung werden die Reichshaushaltsrechnungen 1916 und 1917 und die Berichte der Reichsschuldenkommission, ferner der Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über die Heraufsetzung des Grundlohnes und Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung und der Bericht desselben Ausschusses über den vorbereitenden Reichswirtschaftsrat.

Es folgt die erste Beratung eines Gesetzentwurfes betreffend das Abkommen mit der russischen föderativen sozialistischen Sowjetrepublik über die Heimschaffung der beiderseitigen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten.

Abg. **Henke** (U. S) wünscht Anknüpfung sofortiger Beziehungen zu Sowjetrußland.

Abg. **Scheidemann** (Soz.): Das Auswärtige Amt möge alles versuchen, daß wir mit Sowjetrußland in ein klares und erträgliches Verhältnis kommen.

Das Gesetz wird in allen drei Lesungen angenommen. Ebenso dasjenige über den gegenseitigen Gefangenenaustausch mit der lettischen republikanischen Republik.

Nächste Sitzung morgen 9½ Uhr vormittag: Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit und andere.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192005211-18/fragment/page=0001

Herr Hänisch als Sachwalter eines Bolschewistenführers

b. Essen, 18. Mai.

Wie noch erinnerlich, hatte sich vor kurzem der Oberlehrer Dr. Siemsen wegen Beteiligung an der Errichtung der Revolutionsherrschaft in Essen vor dem außerordentlichen Kriegsgericht zu verantworten. Da der Angeklagte sich auf freiem Fuß befindet und sich verborgen hält, konnte die Verhandlung nicht stattfinden. In der Zwischenzeit ist festgestellt worden, daß der Angeklagte vorübergehend bei einem Essener Freunde und Gesinnungsgenossen Unterschlupf gefunden hat. Zurzeit befindet er sich, wie mit Sicherheit anzunehmen ist, in Berlin unter dem besonderen Schutz des Kultusministers Haenisch. Sein Verteidiger, Dr. Levy, hat in einer Eingabe an das außerordentliche Kriegsgericht mitgeteilt, daß Dr. Siemsen sich in wissenschaftlichen und persönlichen Angelegenheiten auf Reisen befindet. Der Verteidiger machte ferner geltend, daß Dr. Siemsen den Standpunkt vertritt, daß er nicht bestraft werden kann, weil seine Straftaten durch das sog. Bielefelder Abkommen geschützt seien. Aus diesem Grunde habe eine Strafverhandlung gegen ihn überhaupt keinen Zweck. Die Strafverfolgung habe aber auch aus einem anderen Grunde keinen Zweck mehr. Und dieser Grund ist äußerst bemerkenswert. Dr. Siemsen hat die Essener Gerichtsbehörde wissen lassen, daß sein Standpunkt in dieser Angelegenheit ausgesprochenermaßen auch der Standpunkt des Kultusministers ist. Unter diesen Umständen hat der Angeklagte überhaupt nicht die Absicht, sich dem außerordentlichen Kriegsgericht in Essen zu stellen, pochend auf den Einfluß seines Beschützers, des Kultusministers Haenisch. In der Tat setzt zurzeit der Kultusminister alle Hebel in Bewegung, um Dr. Siemsen dem Arm des Essener Kriegsgerichts zu entreißen. In diesem Bestreben hat der Kultusminister das Ansinnen an den Justizminister gestellt, das außerordentliche Kriegsgericht zu Essen anzuweisen, das Strafverfahren gegen Dr. Siemsen unverzüglich niederzuschlagen. Ein solcher Versuch stellt einen unerhörten Eingriff in das schwebende Gerichtsverfahren dar. Und dabei ist zu bedenken, daß der Kultusminister nicht einmal einwandfreie Kenntnis von dem unter Anklage gestellten Strafmaterial besitzt, sich vielmehr lediglich einen einseitig gehaltenen Bericht von dem Angeklagten Dr. Siemsen hat geben lassen. Wie die Dinge heute liegen, muß allen Ernstes damit gerechnet werden, daß der Justizminister tatsächlich mit einem Machtwort die Niederschlagung des eingeleiteten Strafverfahrens gegen Dr. Siemsen anordnen wird. Es fällt an sich schwer, an einen so brutalen Eingriff in die Strafrechtspflege zu glauben, aber angesichts des Falles Nathan, in dem ebenfalls treibende Kräfte in Berlin den Justizminister zum Eingriff in das schwebende Verfahren zu veranlassen suchten, würde es nicht wundernehmen, wenn auf Betreiben des Kultusministers Dr. Siemsen, dessen Tätigkeit in den Revolutionstagen der Essener Anklagebehörde die zwingende Handhabe zur Einleitung des Strafverfahrens gegeben hat, über den Kopf des zuständigen Kriegsgerichts hinweg der weiteren Strafverfolgung entzogen werden sollte, während Hunderte von Angeklagten, die sich in ähnlicher Weise an den revolutionären Vorgängen im Ruhrrevier beteiligt haben, ihre verdiente Strafe über sich tagtäglich ergehen lassen müssen.

Dazu schreibt die „D. T.": Diese Meldung ist ein würdiges Gegenstück zu dem von der Regierung verbreiteten Schanddokument über die Begnadigung Hunderter von bolschewistischen Verbrechern. Wer vielleicht noch immer einen Zweifel hegt, daß Deutschland von seiten seiner Regierung in bolschewistische Zustände bewußt hineingetrieben wird, dem werden ob diesem Verhalten des preußischen Kultusministers hoffentlich nun die Augen aufgehen. Das deutsche Volk hat wohl ein Recht darauf, von Herrn Haenisch Auskunft zu verlangen, inwieweit er tatsächlich eine Rechtsbeugung von seiten des Justizministers gefordert hat. Wir zweifeln zwar nicht daran, daß es an faulen Ausreden nicht fehlen wird und daß wieder das Märchen von der Abwehr des Kapp-Putsches herhalten muß, aber die Oeffentlichkeit ist ja allmählich gewöhnt, an Stelle von sachlichen Auskünften nichtssagende Redensarten zu hören. Das deutsche Bürgertum jedoch sollte sich angesichts des immer klarer zutage tretenden Regierungskurses ins bolschewistische Lager vor Augen halten, daß es nur durch festen Zusammenschluß unter Anspannung aller Kräfte der Gefahr begegnen kann.

Das neudeutsche Schnüffelsystem

Die großen Unannehmlichkeiten, die während des Krieges jedermann durch die Handhabung der Zensur hatte, sind von allen Kreisen und Parteien häufig scharf kritisiert worden. Immerhin bestand in dieser Zeit, wo das deutsche Volk im Ringen um seine Existenz einem hervorragend organisierten feindlichen Spionagesystem ausgesetzt war, eine gewisse Notwendigkeit zu behördlichen Ueberwachungsmaßnahmen. Geradezu skandalös aber ist es, daß nach Beendigung des Krieges die Zensur nicht nur nicht beseitigt worden ist, sondern sich im Gegenteil zu einem regelrechten behördlichen Spitzeldienst ausgebildet hat. Das Recht zu diesem Schnüffelsystem begründet sich nicht etwa, wie man annehmen sollte, in der Reichsverfassung, sondern in einer Verfügung der sogenannten Volksbeauftragten von eigenen Gnaden aus dem November 1918. Um dem „Volke" diese unerhörten Maßnahmen schmackhaft zu machen, wird ihnen ein sachliches Mäntelchen umgehängt, indem man von „Bekämpfung von Kapitalsverschiebungen" spricht, obgleich auf der Hand liegt, daß die wirklichen Schieber nicht so töricht sein werden, Kapital in Briefen nach dem Auslande befördern zu wollen. Aber der wahre Zweck der Maßnahmen erhellt blitzartig aus einer Anfrage des Abg. Dr. Most (D. Vp.) in der Nationalversammlung und Erkundigungen, welche die „Berliner Morgenpost" eingezogen hat. Ein Brief Dr. Mosts wurde nämlich kürzlich von deutschen Zensurbehörden geöffnet, obgleich der volle Name mit Adresse des Absenders auf dem Umschlag standen und beide, Absender wie Empfänger, als einwandfreie Persönlichkeiten bekannt waren. Die Erkundigungen der „Morgenpost" ergaben dann noch, daß nicht nur der Auslandsverkehr, sondern auch der gesamte Inlandspostverkehr sowie Telephonverkehr überwacht wird. Allerdings sind die Folgerungen, welche die „Morgenpost" an diese Tatsachen knüpft, von einer bemerkenswerten Naivität. Um den während des Krieges in den Ueberwachungsstellen beschäftigten Offizieren ihre Posten zu erhalten, würde wohl unsere famose Regierung bei ihrer bekannten Generosität keinen Finger krümmen, geschweige denn einen solchen riesenhaften Apparat unterhalten. Nein, aber bei der Durchschnüffelung der Post besteht die Möglichkeit, über die politische Tätigkeit von unliebsamen Persönlichkeiten, Parteien und Verbänden auf dem Laufenden erhalten zu werden. Und nach den bisherigen Erfahrungen ist der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, daß sich die Regierung im Kampfe um ihre Ministersessel dieses unsauberen Mittels zur Bespitzelung Andersdenkender bedient.

Preisstürze und Kaufangebote

b. Dortmund, 20. Mai.

Die Werke des rheinisch-westfälischen Industriegebietes werden seit einigen Tagen von Agenten, welche in Massen Lebensmittel anbieten, überlaufen. Namentlich werden Hülsenfrüchte, das Pfund von 2 Mk. ab, angeboten, auch Fettwaren und Leder zu billigeren Preisen. Die Werke halten jedoch überall mit Bestellungen zurück, da man ein weiteres rapides Sinken der Preise für die nächsten Tage erwartet.

In der Möbel-, Konfektions- und Schuhwaren-Branche herrscht nach wie vor völlige Geschäftsstille.

h. Köln, 20. Mai.

Die Stockung im Wirtschaftsleben ist so groß, daß bereits eine Anzahl von Werken eine verkürzte Arbeitszeit einführen muß. Es ist zu erwarten, daß die Zahl der Arbeitslosen, die gegenwärtig im Kölner Bezirk 14 000 beträgt, in den nächsten Wochen erheblich steigen wird. Die Stadt hat für diesen Fall Notstandsarbeiten vorgesehen.

Eine Erklärung des Reichspräsidenten

Zu den Klagen über die schwarzen Truppen nimmt Reichspräsident Ebert in folgender Erklärung Stellung:

„Dem Reichspräsidenten sind zahlreiche Proteste gegen die Gewalttätigkeiten der schwarzen Besatzungstruppen zugegangen, u. a. von der Vermittlungsstelle vaterländischer Frauenverbände, insbesondere von deutschen Frauenvereinen und Frauenbünden aus verschiedenen Teilen Deutschlands. Der Reichspräsident empfindet diese Proteste als durchaus berechtigt; die Reichsregierung wendet der Angelegenheit dauernd ernsteste Aufmerksamkeit zu und bemüht sich mit allen Kräften, den Uebergriffen Einhalt zu tun und zu erreichen, daß farbige Truppen in den besetzten Gebieten nicht mehr verwandt werden."

Die Polen gehen zurück

Warschau, 20 Mai.

Das letzte amtliche polnische Kommuniqué besagt: Der Feind fährt fort, seine Truppen gegen die Front in der Umgebung von Kiew zu konzentrieren. Südlich der Dwina haben die polnischen Truppen sich nach langen Kämpfen unter dem Druck des feindlichen Heeres auf eine neue Verteidigungslinie zurückgezogen.

Der Tiefstand der polnischen Mark

Der Kurs der polnischen Mark hat in den letzten 3 Monaten einen ganz gewaltigen Sturz erlebn müssen. Zahlte man nämlich Mitte Februar für 100 polnische Mark noch 62–63 deutsche Mark, ein Kurs, der sich bis gegen Ende März erst auf 59–61 abgeschwächt hatte, so war er Anfang April bereits auf 44–46 gestallen und stand Mitte April bereits auf 32–33. Gegen Ende April erholte er sich bis auf 40–44, fiel aber in den ersten Maitagen bis auf 25. Alsdann trat eine kleine Erholung ein, bis am letzten Sonnabend ein katastrophaler Sturz bis auf 19 eintrat, da ein riesiges Angebot vorlag und die Nachfrage äußerst gering war. Geschätzt wird, daß die Reichsbank stärker Abgeber gewesen sein. Indessen steht der augenblickliche Kurs im richtigen Verhältnis, wenn man bedenkt, daß der nordamerikanische Dollar, der in Berlin 47 wertet, in Warschau etwa 200 notiert. Nach anderen Gründen soll das starke Angebot auf die Furcht zurückzuführen sein, daß Polen eine Abstempelung der alten Noten plant, wobei auch von einer neuen Verkehrssperre gesprochen wird.

Staatsbürgerliche Freiheit in der deutschen Republik

Wie es unter der demokratisch-sozialistischen Regierung mit der Sicherheit des Staatsbürgers bestellt ist, konnte kürzlich ein Mitarbeiter der „Kreuzzeitung", Major v. W., am eigenen Leibe erfahren. In seinem Arbeitszimmer erschienen vorgestern, wie er erzählt, ein Kriminalkommissar und ein Sicherheitsmachmann, die ihn aufforderten, sich zu legitimieren. Auf die Frage nach dem Grund dieses Vorkommnisses wurde an Herrn v. W. von dem Kriminalkommissar die Anfrage gestellt, wie er sich während der Kapp-Tage verhalten habe. Er sei von einem Passanten, der ihn eben auf der Straße gesehen habe, verdächtigt worden, der flüchtige Major Pabst zu sein. Trotzdem Herr v. W. in der Lage war, sich durch einen mit seinem Bilde versehenen beglaubigten Ausweis des Staatskommissars für Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, durch Jagdschein und sonstige ausreichende Papiere ausweisen konnte, und trotzdem das aus mehreren hundert Personen bestehende Personal des großen Verlagshauses, in dem Herr v. W. seit Jahren tätig ist, ihn genau kennt — nebenbei bemerkt, trotzdem er auch nicht die geringste Aehnlichkeit mit dem flüchtigen Major Pabst hat, den er um Haupteslänge überragt — mußte er den Weg zur Wache antreten und wurde dort so lange festgehalten, bis ein Mitglied der jetzigen Regierung telephonisch durch Beschreibung seiner Persönlichkeit feststellte, daß er wirklich nichts mit dem Major Pabst zu tun hat.

Besonders charakteristisch für die Art des Vorgehens gegen Herrn v. W., die nicht einmal als ein Versehen entschuldbar erscheint, ist die Tatsache, daß man den Mann, der ihn als Major Pabst bei der Polizei angezeigt hatte, nicht nur nicht Herrn v. W. gegenübergestellt, sondern ihn einfach nach der Erstattung seiner Anzeige hatte laufen lassen. Wenn ein derartiges Verfahren weiter Platz greifen sollte, so ist kein Staatsbürger mehr sicher, ob er nicht jeden Tag auf Grund der frivolen Anzeige eines üblen Denunzianten oder vielleicht auch nur eines Spaßvogels aus seinem Arbeitszimmer oder aus seiner Wohnung verhaftet und auf eine Polizeiwache gebracht werden kann.

Wohnungsnot im Reichshaushaltsausschuß

b. Berlin, 20. Mai.

In der Sitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt stand heute zur Beratung:

Bereitstellung weiterer Mittel zur Fertigstellung solcher Bauten, die bislang wegen ungenügender Baukostenzuschüsse nicht vollendet werden konnten.

Von verschiedenen Seiten wurde hervorgehoben, daß der Weg, der durch Gewährung der Baukostenzuschüsse beschritten ist, den gewünschten Erfolg bisher nicht erreicht habe, allein auch nicht erreichen könne. Es sei notwendig, das Augenmerk auf diejenigen Faktoren zu richten, die heute die Bautätigkeit beeinträchtigen und lahmzulegen drohten. Es wurde aber andererseits anerkannt, daß die von der Regierung geforderte Bereitstellung weiterer Mittel zur Fertigstellung begonnener Bauten bewilligt werden müßten. Als Ergänzung zu dieser Zustimmung brachten die Abgeordneten Dr. Mittelmann und Dr. Roesicke die folgende Resolution ein:

Der Haushaltsausschuß wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, zur Steuerung der ungeheuren Wohnungsnot

1. ein Gesetz zu erlassen, das die weitere Einwanderung von Ausländern so lange verbietet, bis nicht den wohnungsuchenden deutschen Familien ein menschenwürdiges Unterkommen gesichert ist;
2. Maßnahmen zu treffen, die die private Bautätigkeit zu beleben geeignet ist;
3. Sorge zu tragen, daß die Unterstützung des Wohnungsbaues in umfangreicherem Maße wie bisher, dem Lande insbesondere zur Herstellung von Arbeiterwohnungen zugewendet wird.

Von dieser Resolution wurde bei der Abstimmung abgelehnt gegen die Stimmen der Antragsteller Punkt 1, während Punkt 2 und 3 angenommen wurden.

Ferner brachte der Abgeordnete Irl folgende Resolution ein, die angenommen wurde.

Der Ausschuß wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, durch welche der bestehenden Wohnungsnot abgeholfen wird, insbesondere

1. den Aufenthalt der in den letzten zwei Jahren eingewanderten Ausländer strenger zu kontrollieren;
2. auf die billigere Herstellung von Baustoffen ein besonderes Augenmerk zu richten;
3. die Herstellung von wirtschaftlich nicht begründeten Bauten nur in Ausnahmefällen zuzulassen.

(Nachdruck verboten.)

Bis in das Elend.

Ein Kampf um das Deutschtum.

43) Von Max Treu-Halle.

Wir waren und sind alle über den ungehobelten Patron empört, der in solch grober Weise eine ihm dargebotene Hand zurückstoßen konnte. Natürlich stehen wir nun auch alle auf Kriegsfuß mit ihm, niemand grüßt ihn, und er grüßt niemanden. Mit höhnischem Lächeln, so will mir scheinen, geht er an uns vorüber, und wer weiß, wessen wir uns von ihm zu gewärtigen haben. Etwas Gutes ist es sicher nicht.

Die Arbeiten an denjenigen Stellen, wo die Bahn dem Versprechen Vokols gemäß oberhalb unseres Friedhofes entlang geführt werden sollten, hat er plötzlich einstellen lassen; die ganze Strecke da oben liegt zur Zeit still. Wir haben kein Recht und auch keine Lust, ihn zu fragen; aber uns ahnt Böses, und so haben wir einen Eilboten zur Landeshauptstadt Budapest abgesandt, der den zuständigen Behörden dort die Baupläne überbringen soll mit unserer Bitte, den Friedhof, wie Vokol geplant, zu umgehen und unsere Väter und Urväter in Frieden ruhen zu lassen.

Unter den Bahnarbeitern ist das alte rohe Wesen, das Vokol zurückgedämmt hatte, aufs neue zutage getreten. Den ganzen lieben Sonntag sitzt die Gesellschaft bei Stawienski, trinkt, ißt, schreit und johlt, und wenn die ersten Schatten des Abends in das Tal fallen, so marschieren sie unter wüstem Geschrei, das sie Gesang nennen, berauscht durch die Dorfgassen, ganze Scharen von Kindern hinter ihnen her.

Reiner hat dem Ingenieur Simai ein Schreiben geschickt, daß solche Ruhestörungen, die leicht schlimme Ausschreitungen im Gefolge haben könnten, in Zukunft nicht mehr geduldet werden würden, und daß er, der Ortsvorsteher, bäte, die Leute zu verwarnen. Der Ungar hat das Schreiben mit der kurzen Bemerkung zurückgeschickt, daß er es ablehnen müsse, den Arbeitern für ihr Tun und Treiben außerhalb der Arbeitsstunden Vorschriften zu machen.

Nun hat Reiner die Warnung, die ebenso würdig wie ernst abgefaßt war, den Arbeitern in ungarischer und polnischer Sprache durch Ausschellen bekanntmachen und in sämtlichen Wohnbaracken mehrere Exemplare ebenfalls in beiden Sprachen anschlagen lassen. „Um nach Kräften Schlimmerem vorzubeugen", so sagte er zu mir, „habe ich das kleinere Uebel gewählt und in ihrer Sprache den Fremden eine Konzession gemacht."

Wenn es nur bei dieser Konzession bleibt!

12. Juni 1866.

Heute morgen mitten in der Schulstunde wurde ich hinausgerufen, es sei jemand da, der mich sprechen wolle, hieß es.

Als ich hinauskomme, steht ein Mann auf dem Gang, im ungarischen Schnürrock, mit Stulpstiefeln, einem martialischen Schnurrbart und schwarzen, blitzenden Augen.

„Guten Tag!" sagt er auf gut Deutsch zu mir. „Da bin ich!"

Ich sehe ihn von oben bis unten an, kann mich nicht entfinnen, ihn schon jemals irgendwo gesehen zu haben, und antworte:

„Möchten Sie nicht die Güte haben, mir zu sagen, wer Sie sind, mein Herr?"

Da blitzt er mich herausfordernd mit seinen schwarzen Augen an:

„Gewiß! Ich bin der neue Lehrer!"

Ich mag wohl bei dieser vom Himmel fallenden Eröffnung einen Augenblick wie leblos dagestanden haben, denn der Fremde wiederholte:

„Ich bin der neue Lehrer!"

Nun fand ich aber die Sprache wieder.

„Verzeihen Sie", wandte ich ein, „mir ist aber gar nichts davon bekannt, daß hier ein neuer Lehrer herkommen soll. Die Gemeinde hat, das kann ich verschern, einen solchen Beschluß überhaupt nicht gefaßt, und es ist bei uns auch durchaus kein Bedürfnis zur Anstellung eines dritten Lehrers vorhanden! Sie müssen sich also im Irrtum befinden."

„Durchaus nicht! Ich bin der neue Lehrer, wie ich Ihnen schon sagte!"

Na, der Kunde gefiel mir nicht. Mit dem schien es offenbar nicht ganz richtig zu sein.

„Wollen Sie sich nicht zum Ortsvorsteher Reiner bemühen?" fragte ich, um ihn loszuwerden, denn meine Kinder in der Klasse fingen an, unruhig zu werden und den üblichen Zwischenstundenlarm zu machen.

Wieder schüttelte er den Kopf.

„Nein! Ich bin an Sie, an Herrn Lehrer Steger in der Gemeinde Beidenburg, gewiesen!"

„Ja, zum Teufel! Wer weist Sie denn an mich, den Unwissenden?"

„Das hohe Komitat!"

Jetzt war es mir, als habe mich der Blitz getroffen. Mit einem Schlage stand alles in greller Beleuchtung vor meinem Auge, und jedes Dunkel, das in den Reden des Fremden gelegen, war gewichen.

Das hohe Komitat!

Das Wort löste mir jedes Rätsel; es hätte keines Zusatzes seitens des Ankömmlings mehr bedurft.

Der aber sprach jetzt ruhig weiter:

„Wundern Sie sich darüber? Die Sache kann nach nicht überraschend kommen. Eine ganze Anzahl Einwohner Ihres Ortes hat den Wunsch geäußert, ihre Kinder unterrichten zu lassen, und dieser Wunsch muß Ihnen erfüllt werden. Das hohe Komitat hat mich, den Lehrer Stephan Bagdor, beauftragt, diesen Unterricht zu übernehmen, und ich ersuche Sie, mir die Räumlichkeiten anzuweisen, wo derselbe stattfinden kann."

Na, der war ja kurz und bündig! „Ity fuis et ite" restet" schien sein Leitspruch zu sein. Ich wollte ihm aber zeigen, daß wir für solche Kürze und Bündigkeit kein Verständnis besäßen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192005211-18/fragment/page=0002

Erste Tagung der Wasserwirtschaftlichen Vereinigung für Mittel- und Süddeutschland

Wie uns aus Weimar geschrieben wird, am 17. Mai unter Leitung der Verbände-Vorsitzende im Handelskammergebäude sämtliche Verbände waren vertreten. Geh. Reg.-Rat Stegemann-Braunschweig berichtete zunächst über den Sinn und die Aufgaben der Vereinigung. Als Hauptziel bezeichnete er die Zusammenfassung der innerlich zusammengehörigen jetzt vereinzelten wasserwirtschaftlichen Pläne für Weser, Elbe, Donau und einem einheitlichen und großzügigen Ausbau des Reichswasserstraßenplan sich einfügenden Wasserstraßenplan. Als Aufgaben der Vereinigung gelten: Aufstellung eines großzügigen Mittel- und Süddeutschen Kanal- und Stromnetzes im Rahmen eines Reichs-Wasserstraßenplanes, Förderung der technischen und wirtschaftlichen Bearbeitung der einzelnen Projekte und schließlich Aufklärung der Öffentlichkeit über die wirtschaftliche Bedeutung der Pläne und ausgiebige Unterstützung und wirksame Vertretung bei Ausbau der Kanal- und Talsperrenpläne. Für den Zusammenschluß zu gemeinsamer Arbeit und zu einem einzigen Verband kommen folgende Einzelverbände in Betracht: 1. Gesellschaft zur Förderung der Wasserwirtschaft im Harze zu Braunschweig; 2. Werra-Kanalverein in Minden; 3. Bremer Kanalverein in Bremen; 4. Bayrischer Kanalverein in Nürnberg; 5. Mitteldeutsche Elster-Saale-Kanalgesellschaft in Merseburg; 6. Sächsische Kanalgesellschaft in Leipzig; 7. Ausschuß für Saale-Kanalisierung und den Elster-Saale-Kanal in Leipzig; 8. Verein zur Förderung der südlichen Linie des Mittellandkanals in Braunschweig. Die sämtlichen Verbände schließen sich zur Wasserwirtschaftlichen Vereinigung für Mittel- und Süddeutschland zusammen. Sitz der neuen großen Vereinigung ist Weimar.

Am 18. Mai fand die erste Tagung des neuen Verbandes statt. Der Vorsitz führte Geheimrat Dr. Stegemann-Braunschweig. Er die große Versammlung begrüßte und darauf hinwies, daß 10 Regierungen, 16 Staats- und Provinzialbehörden, 6 Handelskammern, 10 Verbände und 28 Städte vertreten seien. Von den letzteren seien genannt: Erfurt, Kassel, Eisenach, Naumburg, Gera, Meiningen, Hildburghausen, Ilmenau, Weimar, Halle, Altenburg, Leipzig, Nürnberg, Hena, usw. Der Vorsitzende sieht in der Versammlung einen machtvollen Auftakt zum Wiederaufstieg, beklagt das Schicksal unserer Hanseatischen Kanalgesellschaft, geht auf die Bedeutung der Wasserstraßen für unsere wirtschaftliche Wiedergeburt ein, weist die und gegenwärtig zur Verfügung stehenden geringen Mittel hin und erinnert aber dabei daran, daß auch Frankreich sofort nach seinem letzten unglücklichen Kriege an den Ausbau seines Kanalnetzes gegangen sei, und was dieses Land damals konnte, müsse man heute trotz aller Nöte auch können.

Die Ausführungen des Berichterstatters Dr. Rausch finden durch einen Niederschlag in einer Resolution, welche wörtlich angenommen wird:

„Die wasserwirtschaftliche Vereinigung für Mittel- und Süddeutschland, zu der sich führende Verbände zur Förderung der Wasserwirtschaft und des Wasserstraßenverkehrs in Mittel- und Süddeutschland am 18. Mai 1920 in Weimar zusammengeschlossen haben, nehmen zur Frage des Mittellandkanals folgende Stellung ein: 1. das mitteldeutsche Industriegebiet unter allen Umständen gleichzeitig mit der Vollendung des Westdeutschen Kanals Anschluß an diesen erhalten; 2. die Frage des Mittellandkanals ist nicht eine rein praktische Angelegenheit, sondern eine solche der deutschen Volkswirtschaft; 3. das deutsche Wasserstraßen nach der Reichsverfassung spätestens am 1. April 1921 auf das Reich übergehen und schon am 1. Oktober 1920 eine Verständigung darüber mit dem Reich erfolgen hat, so ist Preußen gar nicht mehr in der Lage, allein selbst zu finanzieren und zu bauen; das Reich kann allein das Projekt zur Ausführung bringen. Demgemäß gehört die Mittellandkanalvorlage nicht mehr vor den preußischen Landtag, sondern vor den Reichsrat und den Reichstag, die das Gesamtprojekt und die endgültig zu wählende Linienführung eine Entscheidung zu treffen haben."

Anschließend sprach Oberbürgermeister Dr. Becker-Minden über den Werra-Main-Kanal, der nach seinen Ausführungen für die Gesamtwirtschaft Thüringens von besonderer Bedeutung sei, Thüringen gleichzeitig an den Nord-Süd-Verkehr anschließen soll. — Es sprechen des weiteren Stadtbaurat Förstermann-Kassel über die Kanalisierung der oberen Saale und Geheimrat Dr. Uhlig-Leipzig über die Wasserstraßenverbindung zwischen Saale und Werra. Das Südlinienprojekt sieht den Ausbau der Saale für 600-Tonnen-Schiffe sowie im Anschluß daran oberhalb Merseburgs nach Leipzig abzweigenden Saale-Kanal, durch welchen eine direkte Verbindung Rheinland-Westfalens auch mit dem sächsisch-thüringischen Industriegebiet hergestellt werden wird, vor. Es rechnet für später auch mit der Möglichkeit einer weiteren Verbesserung des Saale-Wasserlaufes bis Naumburg und mit einem Zweigkanal nach Weißenfels bei der Unstrut. Das sog. Rehberische Projekt erstreckt im Anschluß an den Verbindungskanal zur Saale gleichfalls einen Ausbau des sächsisch-thüringischen Industriegebiets. In der Linie von Halle würde ein Stichkanal nach Leipzig abzweigen. Die Handelskammer Erfurt beteiligt sich an den Projekten, indem sie 1. eine direkte Linie von Merseburg einschließend an Elster-Saale-Kanal durch das Braunkohlengebiet westlich der Elster-Halle-Weißenfels über 2. von Merseburg saaleaufwärts Naumburg a. S. von dort durch die Unstrut über Bitzenburg Artern, Sömmerda, Straußfurt nach Erfurt plant. Von hier aus soll durch einen Stichkanal Nordhausen und das Südharzgebiet angeschlossen werden. — Schließlich referierte noch Nürnberg über den Stand der süddeutschen (Bayern und Württemberg) Kanalpläne und Dr. Flügel-Bremen über eine Verbindung zum rheinisch-westfälischen Industriegebiet zu deutschen Nordseehäfen, welch' letztere er gegenüber Rotterdam konkurrenzfähig erhalten wissen will. In einer Schlußsitzung am 19. Mai vormittags wurden dann noch Aufschlüsse über die Talsperren im Werragebiet (Dr. Wolf-Eisenach), der Saale (Reg.-Baumeister Salfeld-Saalfeld) und des Harzes (Kgl. Kgl.-Braunschweig) gegeben. Für den Harz liegen eine ganze Reihe von durchgearbeiteten Talsperrenplänen vor. In den Flußgebieten der Leine, Oker und Bode sind für den ersten Ausbau insgesamt 9 Talsperren vorgesehen. Ihren Umfanges noch sind die in den Quellengebieten der Werra und Fulda geplanten Thüringer Talsperren. In Aussicht genommen sind im Werragebiet 5 Talsperren mit einem Stauraum von 280 Millionen Kubikmeter, im Fuldagebiet 3 mit 30 Millionen Kubikmeter und im Maingebiet 1 mit 40 Millionen Kubikmeter. Im oberen Saalekal schließlich sind 1—2 Sperren von gewaltigen Dimensionen — 500 bis 600 Millionen Kubikmeter Stauinhalt — geplant.

Auf Anregung des Oberbürgermeisters der Stadt Eisenach, Hanson, wurde schließlich folgende bedeutsame Resolution einstimmig angenommen: „Bei der bereits eingetretenen und in ihrem Umfange noch bevorstehenden Arbeitslosigkeit bedeutet es große Ersparnis an Geldaufwand, wenn die zur Erwerbslosenunterstützung erforderlichen Summen für die Herstellung von Talsperren und Kanalprojekte im Tätigkeitsgebiet der Vereinigung verwendet werden, sobald diese Projekte zur Ausbau geeignet sind. Die Vereinigung hält es daher für dringend geboten, daß schleunigst mit der Ausführung solcher Projekte begonnen wird. Auch die übrigen baumäßigen Projekte sind unter diesem Gesichtspunkt schleunigst soweit in ihren Vorarbeiten zu fördern, daß dieser Bau baldigst in Angriff genommen werden kann. Um den Arbeitern eine Verkürzung ihres Hausstandes zu ersparen, sind hierbei diejenigen Projekte als Projektteile in erster Reihe zu berücksichtigen, welche in der Nähe größerer Städte mit besonders erheblicher Arbeitslosigkeit liegen." Nach einigen Abschiedsworten wurde die Tagung geschlossen. Die nächstjährige (zweite) Tagung des neuen Verbandes wird in Eisenach stattfinden △\

Bezahlung des Nichtstuns zum Stimmenfang

Die Wahlangst der Regierung treibt immer schönere Blüten, verleitet sie zu immer größerer Unbeständigkeit in der Wahl der Mittel. Landrats- und Heimatsdienst-Skandal sind hier schon wiederholt beleuchtet worden; jetzt wird man auf einen neuen Pfiff aufmerksam, wie Steuergelder zu versteckter Wahlpropaganda mißbraucht werden. Die „Deutsche Tageszeitung" erhält folgende Zuschrift:

„Daß die Regierung Staatsgelder für Parteizwecke, der mehrheitssozialistischen Partei bereitstellt, scheint ja nunmehr durch das Protokoll der Zentrale für Heimatdienst, die sich lediglich als eine sozialdemokratische Parteieinrichtung für Wahlzwecke entpuppt hat, festzustellen.

Wir sind einem anderen Weg auf die Spur gekommen, wo so recht unbemerkt der preußische Eisenbahnfiskus die Gelder der Steuerzahler benutzt, um die Bahnarbeiter jetzt kurz vor der Wahl bei der mehrheitssozialistischen Fahne zu halten. Die Eisenbahn soll zwar mit einer Jahresunterbilanz von 12 Milliarden arbeiten, aber das macht scheinbar nichts, der deutsche Michel kann ja bezahlen, und unsere Notenpresse steht außerhalb des tarifichen Achtstundenarbeitstages. Seit kurzer Zeit erhalten nämlich sämtliche Eisenbahnarbeiter, wohlgemerkt Arbeiter, nicht Angestellte, für die Feiertage den vollen Tageslohn ausgezahlt, genau, als ob sie ihre acht Stunden gearbeitet hätten. Es liegt doch hier offen zu Tage, daß die Regierung lediglich jetzt kurz vor den Wahlen auf Stimmenfang ausgeht, man fürchtet die Abwanderung der „Bahner" in das unabhängige Lager, und so werden auf Kosten des deutschen Steuerzahlers schleunigst allerlei Mätzchen angewendet, um die heutige Regierung als die alleinseligmachende anzupreisen. Die Sozialdemokratie hat unseres Wissens Gelder genug, um sich Stimmvieh zu fangen, unerhört ist es aber, wenn eine Behörde solchen Angriff auf den Geldbeutel des Steuerzahlers begeht. Gibt es denn keine behördliche Instanz, die diesem Geldverschleudern zu Gunsten des Stimmenfanges einer Partei, ein Ende bereiten kann? Was sagt der Herr Reichsfinanzminister zu diesem Wirtschaftssystem?"

Nein, es gibt keine behördliche Instanz. Und der Herr Reichsfinanzminister wird den Teufel tun und seinem Koalitions-, Amts- und Parteikollegen von der Eisenbahn bei der Propaganda für die durchaus gemeinsamen Interessen in den Arm fallen.

Demokraten gegen die Demokratische Partei

Aus Stralsund wird geschrieben: Am Abend des 14. Mai hatten sich die Militärkandidaten Stralsunds versammelt, um sich über die bevorstehenden Reichstagswahlen auszusprechen. Der Vorsitzende, Oberteilegraphenfekretär Tobell, ein früheres Mitglied der Demokratischen Partei, sprach in temperamentvollen, von warmer Vaterlandsliebe und tiefem religiösen Empfinden zeugenden Worten von der großen Ungufriedenheit, die durch die Parteiwirtschaft der bisher regierenden Parteien in weiten Volkskreisen entstanden sei. Man dürfte nur Kandidaten wählen, die die Festigkeit des Charakters besitzen, das Vaterland über die Partei zu stellen. Wolle man wieder aufbauen, so müsse man die große Schwenkung mitmachen, die sich allerwärts vollziehe, nämlich die Schwenkung nach rechts. Im Verlaufe der Aussprache erklärte der demokratische Rathsherr Rechnungsrat Otto, daß er bisher ein eifriges Mitglied und aufrichtiger Förderer der Demokratischen Partei gewesen sei, aber die Politik dieser Partei, die uns nicht aufwärts, sondern abwärts führe, nicht mehr mitmachen könne, und vollzog seinen Eintritt in die Deutsche Volkspartei. Zu der Versammlung waren die Vorstände der Beamtenvereine Stralsunds eingeladen, deren Mitglieder an der Aussprache regen Anteil nahmen und in ihrer Mehrheit sich im Sinne des Versammlungsleiters äußerten.

Kriegsverluste der akademischen Verbände

betrugen nach Angabe des neuesten Universitätskalenders vom W.-S. 1919/20:

Wingolf	20 v. H.
Akad. Turnbund	19 „
Burschenschaft	16—17 „
Sondersh. Verb. (Gesangv.)	16 „
Verein Deutscher Studenten	14 „
Kösener S. C.	14 „
Landsmannschaft	13,3 „
Schwarzburgbund	13 „
Weinheimer S. C.	12,5 „
Turnerschaft	10 „
Jüd. Verbindungen im K. C.	9 „
Ver. jüd. Studenten	6 „
Bund der jüd. fr. wiss. Vereine	5 „

Die Angaben des Schwarzburgbundes und der Vereine jüdischer Studenten stammen aus dem Jahre 1917, die der Turnerschaft aus dem Jahr 1918.

Generalmajor von Lossberg ist an Stelle des beurlaubten Generals v. Watter mit der Führung des Wehrkreiskommandos 6 (Münster) beauftragt. Die Vertretung des Generals v. Lossberg als Chef des Generalstabs des Reichswehrgruppenkommandos 2 (Kassel) ist Major v. Hammerstein übertragen.

Der Mitgliederschwund in der K. P. D. In einer Versammlung in Chemnitz gab der Führer der kommunistischen Arbeiterpartei, Rühle, an, daß die kommunistische Partei (Spartakusbund), zu der die K. A. P. D., jetzt in schärfster Opposition steht, in ganz kurzer Zeit von 150 000 Mitgliedern auf 50 000 heruntergegangen sei, die wahrscheinlich heute auch nicht mehr vorhanden seien. Rühle, dessen Eröffnungen auf die Versammelten den größten Eindruck machten, führte das zurück auf die Parole der Wahlbeteiligung, die die K. P. D. ausgegeben habe.

Späte Einsicht. Der Vizekanzler a. D. Schiffer ließ sich in einer Wahlrede in München nach der „Kreuzztg." folgendermaßen aus: „Es besteht kein Anlaß, den 9. November als einen Tag des „Sieges" zu feiern. Der Makel des Rechtsbruches haftet diesem Tage an; die Folgen zeigten sich: Der Rechtsstaat, unser Stolz von einst, ist erschüttert in seinen Grundfesten; geschwunden ist der Sinn für Mein und Dein, selbst der Beamtenstand konnte den Versuchungen nicht überall widerstehen. Kein besserer Beweis für die Rechtsohnmacht unserer Tage ist möglich, als die Tatsache, daß man nicht einmal einen Holz auf deutschem Gebiete festnehmen konnte.

Provinz Sachsen

Die Lage des Arbeitsmarktes in Sachsen und Anhalt

Wie im Vorjahre brachte der Monat April einen erfreulichen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Erwerbslosenunterstützung bezieben im Regierungsbezirk Magdeburg 2749 Erwerbslose gegenüber 3801 Erwerbslosen des Vormonats, im Regierungsbezirk Merseburg 258 Erwerbslose gegenüber 299 Erwerbslosen des Vormonats, im Regierungsbezirk Erfurt 824 Erwerbslose gegenüber 901 Erwerbslosen des Vormonats, und in Anhalt 2 Erwerbslose gegenüber 7 Erwerbslosen des Vormonats. Die höheren Vermittlungsziffern des Berichtsmonats sind auf die Abwanderung industrieller Arbeiter und Arbeiterinnen in die Landwirtschaft und in den Bergbau zurückzuführen. Die beginnende günstige Gestaltung des Arbeitsmarktes wurde durch Kohlenmangel und unsichere wirtschaftliche Verhältnisse gehemmt.

Die Versorgung der Landwirtschaft mit einheimischen Wanderarbeitern machte gute Fortschritte. Sehr gesucht werden ledige Knechte und Mägde. Der Bedarf an Arbeitskräften für die Spargelernte wurde gedeckt. Eine leichte Besserung im Transportwesen machte dem Bergbau Mehreinstellungen an Arbeitskräften möglich. Die chemischen und verwandten Industrien zeigten sich weiter aufnahmefähig. Die Metallindustrie war mit Aufträgen eingedeckt, mußte deren Ausführung aber wegen Kohlenmangel zurückstellen. Die Papier- be- und verarbeitenden Gewerbe litten unter den hohen Papierpreisen. Im Holzgewerbe brachen in verschiedenen Orten der Provinz, auch in Magdeburg, Streiks aus. Die Nachfrage nach Tischlern und Stellmachern nahm ab. Die Stellenlosigkeit im Nahrungsmittelgewerbe blieb unverändert, da erhöhte Beschäftigungsmöglichkeiten im Beruf nicht geboten werden. Der Textil- und Schuhindustrie schadeten die Schwankungen des Geldwertes, die zur Zurückhaltung mit Fabrikationsaufträgen und zur Kaufunlust des Publikums führten. Entlassungen von Arbeitskräften konnten im allgemeinen bisher vermieden werden, in einigen Fällen nur durch Verkürzung der Arbeitszeit. Das Baugewerbe zeigte kein einheitliches Bild. Arbeitseinstellungen wegen Materialmangel stand dringender Bedarf an Maurern und Zimmerern gegenüber. Im Handelsgewerbe fehlte es an tüchtigen Buchhaltern, ebenso an Stenotypisten und Stenotypistinnen, während an Verkäufern aller Branchen Ueberfluß war. Der Bedarf an weiblichen Hausangestellten konnte nur zum kleinsten Teil befriedigt werden. Das Angebot an ungelernten Arbeitern überstieg bei weitem die Nachfrage.

*

a. Aken, 20. Mai. (Städtisches.) An der hiesigen Mädchenschule ist seit Anfang dieses Jahres Haushaltsunterricht eingeführt, jetzt konnte auch ein transportabler Kochherd für 1500 Mark angeschafft werden. — Zur Bekämpfung der Wohnungsnot sollen Vierfamilienhäuser auf Kosten der Stadt gebaut werden. Für die in Aussicht genommenen acht Häuser belaufen sich die Kostenanschläge auf 5—6 Millionen Mark. Da in der Stadt 100 Wohnungsuchende und 25 Wohnungslose vorhanden sind, und die Beschlagnahme großer Wohnungen sich nur in 2—3 Fällen als durchführbar erwiesen hat, so ist die Einführung einer hohen Wohnungssteuer geplant, die in Dessau z. B. 46 000 Mark eingebracht hat; das Geld wird dem Baufonds überwiesen. — Von einem Angebot der Wirtschafts- und Kunstvereinigung in Berlin zur Lieferung von Mänteln und Anzügen für Bedürftige zum Preise von 125 Mark bzw. 350 Mark wird nach den schlechten Erfahrungen in benachbarten Orten Abstand genommen.

d. Elbingerode, 20. Mai. (Der Parteihaß.) Weil er bei den Baltikumtruppen gedient hatte, haben die Arbeiter seiner Vaterstadt Elbingerode den Arbeiter Ernst Hinze aus allen Stellungen herausgebissen. Die Arbeiterausschüsse erklärten den Betriebsinhabern, daß sie mit einem solchen Mann nicht zusammenarbeiten könnten, so daß Hinze überall entlassen wurde. Er ging dann nach Wasserleben und hat dort mit dem flüchtigen Fleischer Erich Brandt und dem Arbeiter Otto Bode schließlich einen Einbruch beim Landwirt Ramme begangen, um Geld zu bekommen. Die Strafkammer Halberstadt sah aus den geschilderten Verhältnissen die Tat milde an und befreite es bei der geringsten Strafe von drei Monaten Gefängnis.

B. Braunschweig, 20. Mai. (Kapitän von Mueller als Landtagsabgeordneter.) Unter den 23 Abgeordneten des Landeswahlverbandes (rechtsstehende Parteien), welche nach den Wahlen in den neuen braunschweigischen Landtag einziehen werden, befindet sich auch der ruhmgekrönte Führer der „Emden" Kapitän Karl von Mueller, Blankenburg am Harz. Unter den Wiedergewählten der übrigen Parteien befinden sich: Ministerpräsident Dr. Jasper und Arbeitsminister Steinbrecher (beide Mehrheitssozialisten), der bekannte Führer der Unabhängigen Sepp Oerter, der bisherige Justizminister Hampe (Landeswahlverband) und Kultusminister Rönneburg (Demokrat).

„H.Z." Sportberichte

Rennen zu Berlin-Grunewald

1. **Preis von Golm.** 1. Marmolata (Falk), 2. Narwal, 3. Rohrdommel Tot.: 19, 10, 10, 10. Ferner liefen: Malching, Gemsjäger, Mißmut, Knecht Ruprecht, Sankt Disko. — 2. **Lady Festa-Rennen.** 1. Dunst (Bleuler), 2. Oberon, 3. Orlog. Tot.: 71, 18, 22, 15. Ferner liefen: Ifland, Granit, Livland, Colombine, Gewerke, Hourka. — 3. **Preis von Friedrichsfelde.** 1. Wallenstein (Zimmermann), 2. Civilist, 3. Provinzler. Tot.: 16, 12, 16. Ferner liefen: Pandur, Vergleich. — 4. **Stern-Jagd-Rennen.** 1. Phantast (Hr. v. Velzer), 2. Fips, 3. Minor. Tot.: 138, 24 17, 14. Ferner liefen: Stella 2, Waldfrieden, Luchs, Peredur, Hunding (gefallen) und Pronus. — 5. **Festina-Rennen.** 1. Faida (O. Schmidt), 2. Sultana, 3. Olympia. Tot.: 48, 13, 13, 11. Ferner liefen: Racker, Menja, Seehausen, Marietta, Schlesierin, Stamm, Politik, Haubitze 2. — 6. **Prüfungs-Preis.** 1. Wellenbrecher (Lewicki), 2. Ebers Glorie, 3. Rheinpreußen. Tot.: 61, 19, 16, 22. Ferner liefen: Spreewald, Rosenkönig, Freilauf, Exzelsior. — 7. **Fulmen-Ausgleich.** 1. Feldherr 2 (Bleuler), 2. Blindgänger, 3. Ulan 2. Tot.: 95, 52, 19, 25. Ferner liefen: Hofgunst, Segantini, Retter, Blumenkönigin, Glückauf, Korobh.

*

— **Halbblut-Rennen in Hannover.** Der Hannoversche Rennverein veranstaltet am Sonntag, den 4. Juli, einen Sonderrenntag für Halbblutpferde. Von den hier ausgeschriebenen Rennen sind je zwei von Landwirten bzw. Herrenreitern (je ein Flach- und ein Hindernisrennen) zu reiten.

— **Freiherr von Moltke,** ehemaliger Generalsekretär des K. A. C. und offizieller Starter bei allen größeren automobilsportlichen Veranstaltungen, insbesondere der Herkomer- und Prinz-Heinrich-Fahrten, ist in Bad Reichenhall nach langer und schwerer Krankheit im 78. Lebensjahre verstorben.

*

— **Wasserballspiel.** In Halle wird am 30. Mai in E. Hoffmanns Bad ein Wettspiel zwischen dem S. V. Neptun-Helbra und dem Hallenschen S. V. von 1902 stattfinden.

— **Fußball-Städtekampf Budapest—Dresden 3:1.** Die Budapester Städtemannschaft, die am Sonntag in Berlin weilte und von der Berliner Verbandsmannschaft überraschenderweise mit 2:1 geschlagen wurde, spielte am Dienstag einem eigenen Drahtbericht zufolge in Dresden auf der Rückreise nach der Heimat gegen eine repräsentative Elf Dresdens und siegte mit 3:1, nachdem das Spiel bei Halbzeit noch 0:0 gestanden hatte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192005211-18/fragment/page=0003

Halle und Umgebung

Halle, 21. Mai.

Die soziale Fürsorge in Halle

Nach den Mitteilungen des Statistischen Amtes bestanden im Januar 1920 21 Krankenkassen gegen 24 im gleichen Monat des Vorjahres. Insgesamt waren 64 918 Männer und 25 464 Frauen versichert. 26 Personen männlichen und 11 weiblichen Geschlechts wurde Invalidenrente neu bewilligt. Altersrente wurde 7 Männern und einer Frau zugebilligt. In 17 Arbeitsnachweisen wurden 2800 Männern und 952 Frauen Stellen nachgewiesen. Auf das städtische Arbeitsamt entfallen davon 2187 Vermittlungen für Männer und 982 für Frauen. Einschließlich des Restes vom Dezember 1919 waren 3582 arbeitsuchende Männer vorhanden, denen ebenfalls einschließlich des Restes aus dem vergangenen Jahr 3165 Arbeitsangebote gegenüberstanden. Es wäre also, selbst wenn jede offene Stelle hätte besetzt werden können, noch ein Ueberangebot an Arbeitskraft von 417 Männern übriggeblieben. In Wirklichkeit sind 978 Arbeitsangebote unerfüllt geblieben. Anders liegen die Verhältnisse bei den Frauen. Es suchten 1080 Frauen Arbeit. Angeboten wurden 1490 Stellen. Es hätten also, wenn alle Frauen Stellen hätten annehmen können, noch 410 Stellen frei bleiben müssen. Wir haben also hier ein Ueberangebot an Arbeitsstellen. In Wirklichkeit sind Ende des Monats noch 558 Stellen unbesetzt gewesen.

Ueber den Wohnungsnachweis ist zu sagen, daß, wie bekannt, die Nachfrage sehr groß ist. Die Differenz zwischen Angebot und Nachfrage betrug 928. Gesucht werden hauptsächlich kleine Wohnungen bis zu 4 Zimmern, am meisten solche mit 2 Zimmern. (467 Nachfragen.) Von den ständigen städtischen männlichen Arbeitern (1650) verdienen 907 14,01 bis 16 M. in Tagelohn, 535 16,01 bis 20 M. in Tagelohn. Im Akford wird nicht gearbeitet. Im Armen- und Fürsorgewesen wurden im Januar 126 742,26 M. an zusammen 7772 Personen ausgezahlt. In den weitaus meisten Fällen war der Grund Krankheit und Gebrechen. Die Zahl der Berufsvormundschaften ist von 1468 im Januar 1919 auf 1575 im Dezember 1919 und 1592 im Januar 1920 gestiegen. Die Vaterschaft wurde in 12 Fällen anerkannt, in 11 Fällen bestritten und in 3 Fällen nicht ermittelt. In 7 Fällen wurde sie im Prozeßwege festgestellt. Aus der Milchküche wurden 17 883 Flaschen von 140 bis 250 Gr. Inhalt an täglich durchschnittlich 137 Kunden abgegeben. Die städtische Kriegshinterbliebenenfürsorge zahlte in 822 Fällen 16 220,77 M. aus; in der Hauptsache wurde die Unterstützung zur Beschaffung des Lebensunterhaltes und der Kleidung beantragt. Die städtische Rechtsauskunftstelle wurde 477 mal in Anspruch genommen. Die meisten Anfragen betrafen Familien- und Erbrechtangelegenheiten. Die Lesehalle und Volksbibliothek wurde von 3557 Personen besucht. Der tägliche Durchschnittsbesuch beträgt 117. Den bedeutend größeren Teil bilden die Männer. Entliehen wurden ungefähr 10 000 Bücher. Beim Gewerbegericht waren 46 Klagen, darunter 28 neue, beim Kaufmannsgericht 13 Klagen, darunter 8 neue anhängig. Das städtische Nahrungsmittel-Untersuchungsamt führte 223 Untersuchungen aus, bei denen in 60 Fällen sich Beanstandungen ergaben. Im Dezember 1919 wurden 201 Untersuchungen mit 35 Beanstandungen und im Januar 1919 373 mit 57 Beanstandungen vorgenommen. Bei Vollmilchuntersuchungen wurde ein durchschnittlicher Fettgehalt von 2,91 Proz. festgestellt.

*

Aus der Verwaltungsstatistik.

Auf dem Schlachthof wurden nach dem Monatsbericht des Statistischen Amtes der Stadt Halle für Januar 1920 1258 Schlachtungen vorgenommen. Im Dezember 1919 waren es 1 374, im Januar 1919 3282. Am meisten wurden Kühe oder Färsen geschlachtet. Die städtische Gasanstalt gab 661 300 cbm (im Dezember 1919 563 430, im Januar 1919 1 137 550 cbm) an das Rohrnetz ab. Der Steinkohlenverbrauch betrug 1573,5 Tonnen (Dezember 1919 1572,09, Januar 1919 3570 Tonnen). Die Koksabgabe belief sich auf 467,06 Tonnen (Dezember 1919 406,95, Januar 1919 1414,96 Tonnen). Die städtischen Wasserwerke förderten 520 146 Kubikmeter Wasser. Die Sparkasse hat bei 37 988 Abfertigungen 7,8 Mill. M. Einzahlungen und 10,1 Mill. M. Auszahlungen vorgenommen. Die Auszahlungen überschreiten also die Einzahlungen um 2,2 Mill. M. Im Leihamt wurden 1666 Pfänder versetzt und 1084 eingelöst, zusammen 2750 Pfänder. Der Taxwert dieser Pfänder betrug 138 743 M., die dafür ausgeliehenen Summen 70 119 M. Der Umsatz hat gegen den Januar des Vorjahres stark zugenommen. Auktionsverkäufe fanden weder im Januar 1919 noch 1920 statt.

Die Berufsfeuerwehr wurde im Januar 10 mal zu Bränden gerufen, 3 mal wurde sie unnötig alarmiert, in 268 Fällen wurde sie zu Hilfeleistungen gerufen. Die Betriebslänge der Städtischen Straßenbahn betrug 31,1 Kilometer, die der Straßenbahn Halle—Merseburg 14,78 Kilometer. Die Städtische Straßenbahn beförderte auf 565 056 Wagenkilometern 2 779 429 Personen. Die Betriebseinnahmen betrugen 822 433,98 M. Auf ein Wagenkilometer kommen 4,9 beförderte Personen. Ein Vergleich mit dem Januar und Dezember 1919 ergibt, daß bei einer starken Vermehrung der geleisteten Wagenkilometer die Zahl der beförderten Personen etwas zurückgegangen ist. Die Betriebseinnahmen haben eine nur geringe Vermehrung erfahren. Das Verhältnis der beförderten Personen auf den Wagenkilometer stellt sich im Januar 1919 auf 9,5, im Dezember 1919 auf 6,2 und Januar 1920 auf 4,9. Hfb.

— **Die künftigen Garnisonstädte.** Von zuständiger Stelle wird den Gerüchten, daß künftig nur Städte mit über 75 000 Einwohnern Garnison erhalten sollen, entschieden entgegengetreten. Die Reichswehr soll vielmehr vor allem in mittlere und kleine Städte gelegt werden, da die großen Städte durch die grüne Sicherheitswehr ausreichend geschützt erscheinen.

— **Vom Reichs-Kursbuch** erscheint Anfang Juni eine neue Ausgabe zum Preise von 16 Mark. Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen entgegen. Wegen der Schwierigkeiten bei der Herstellung des Kursbuches wird eine tunlichst frühzeitige Bestellung empfohlen, weil sonst möglicherweise auf Lieferung nicht zu rechnen ist.

— **Sächsisch-Thüringischer Verein für Erdkunde.** In der Fachsitzung am Mittwoch abend sprach Herr Professor Dr. Schenck über New-York. 1609 von den Holländern gegründet, hat es jetzt 4¾ mit seinen Vorstädten 6½ Millionen Einwohner. Die von Britisch-Virginia und New-England eingeschlossene niederländische Kolonie Neu-Amsterdam wurde 1664 von den Engländern erobert und seitdem New-York genannt. Die Täler des Hudson und Mohak öffnen den Weg zu den großen Seen, dem Gebiet der Weizenerzeugung und Holzausfuhr, der Eisen- und Kupferlager. Der Handelsverkehr geht fast ausschließlich nach Europa, erst jetzt beginnt sich New-York auch auf den Schiffsverkehr nach Südamerika einzustellen. Die Stadt ist also nicht ein Welthandelsplatz, wie London und Hamburg. Trotz der großen Küstenlänge der Vereinigten Staaten entfällt auf New-York die Hälfte der Einfuhr und ein Drittel der Ausfuhr des Landes. Der Süden ist die Geschäftsstadt mit ihren Wolkenkratzern, deren höchster mit 55 Stockwerken 223 Meter Höhe erreicht. Daran schließt sich das Vergnügungsviertel mit den Hotels und Theatern, endlich im Norden das Wohnviertel. Die Wolkenkratzer der Stadt konnten erbaut werden, da der Untergrund fester Fels ist, nicht Sand, wie in Berlin, wo derartige Gebäude keinen Bestand haben könnten.

— **Alle Freunde der Latina und ehemaligen Lateiner** werden gebeten, zwecks Errichtung eines Denkmals zu Ehren der gefallenen Lateiner Geldspenden an die Anschrift des Studienrats K. Weiske, Riemenerstraße 3. zu senden.

— **Zur Entgegennahme von Todesanzeigen** sind die Büros am 24. Mai (Pfingstmontag) vormittags von 8½ bis 9½ Uhr geöffnet.

— **Josef Plaut,** der glänzende Humorist und Vortragskünstler, berührt auf seiner Sommerreise unsere Stadt und gibt am 27. Mai im „Mozartsaal" einen „Heiteren Abend" mit ganz neuem Programm. Karten bei H. Hothan.

Familien-Nachrichten

Verlobungen: Lotte Ruck und Karl Walther. — Charlotte Hampe und Paul Meye. — Charlotte Nitschke und Fritz Fänicke.

Vermählungen: Erich Burkhardt und Anna Burkhardt geb. Unbekannt. Fritz Schmidtmer und Tony Schmidtmer geb. Deutschbein.

Todesfälle: Am 19. Mai Reinhard Herrmann im 76. Lebensjahr. — Am 19. Mai Albert Sattler im 50. Lebensjahr.

Eingesandt

(Für meinen besonders darauf aufmerksam, daß in dieser Rubrik alle unsere Leser zu Worte kommen, gleichgültig, ob ihre Ansichten mit denen der Redaktion übereinstimmen oder nicht. Die Redaktion übernimmt also für diese Rubrik keinerlei Verantwortung beim Publikum gegenüber.)

Intendanz und Symphoniekonzerte.

Anläßlich des schlecht besuchten letzten Symphoniekonzertes im Stadttheater konnte man verschiedentlich Vorwürfe gegen das säumige Hallesche Konzertpublikum hören. Mit Unrecht macht man aber das Hallesche Publikum hierfür verantwortlich, denn daß hier reichlich Interesse für absolute Musik vorhanden ist, beweisen die glänzend besuchten Schachtebek- und Versteeg-Konzerte mit ihren geschmackvollen Programmen, ihrer künstlerischen Reklame und ihren erzieherischen Tendenzen, beweisen weiter die Konzerte der Robert Franz-Singakademie und des Händelvereins. Freilich kann Herr Sachse nicht verlangen, daß das Haus besucht ist, wenn das Programm — tatsächlich! — zu diesem Konzerte erst 48 Stunden vorher zu erfahren war (in anderen Städten werden die Programme etwa 14 Tage vorher bekanntgegeben und vor Beginn der Saison wird eine Uebersicht über das gegeben, was geboten werden soll). Man hat eben allmählich gemerkt, daß die Symphoniekonzerte so nebenbei, ohne bestimmten Plan, ohne feste einheitliche künstlerische Leitung gegeben werden. Was bieten andere städtische Orchester, was zum Beispiel Magdeburg! Bestimmte Tage für die Konzerte sind überhaupt nicht angesetzt, man kann mit seiner Zeit nie entsprechend disponieren! Und welche bescheidene Zahl von Konzerten! Denn darüber darf man sich doch nicht täuschen: Das achte Konzert ist zwar angezeigt, doch tatsächlich ist es das fünfte (zwei Konzerte wurden von der Singakademie, eins vom Händelverein gegeben, bezeichnenderweise waren das die besuchtesten Konzerte!). Die Zahl der Konzerte wird also immer geringer. Auch dürfte man die Preise für die Konzerte keinesfalls so hoch setzen wie die der Oper! Oder aber es wäre ein Solist heranzuziehen, der leistungsfähig ist und sich dem Programm einpaßt. Es ist eben eine Erfahrungstatsache, daß reine Orchesterkonzerte nur dann gut besucht sind, wenn es sich um ein erstklassiges Orchester oder einen ganz bedeutenden Dirigenten (Nikisch, Weingartner) handelt. Alle Hochachtung vor Schumann und Graener als Musiker und Komponisten, aber dem großen Publikum bekannte, hinreißende Konzertdirigenten, die imstande wären, allein mit dem Orchester das Haus zu füllen, sind sie nun mal nicht. Aber vor allem: Es fehlt in der Aufstellung der Programme eine einheitliche, künstlerisch disponierende Hand. Gewiß ist es in diesem Jahre, seit Herr Sachse scharf kritisiert wurde, besser geworden. So geschmackvolle, kunterbunte Programme wie in den Vorjahren gibt es nicht, das Orchester ist verstärkt, der Solist fällt nicht aus dem Rahmen. Aber es gab diesen Winter nicht ein Violinkonzert, nicht ein Klavierkonzert, keine Haydnsche, keine Mozartsche Symphonie. Beethoven erschien nur mit einer Symphonie, Bruckner und Mahler, Mendelssohn und Volkmann, Strauß und viele andere erschienen überhaupt nicht. Beethovens Pastoralsymphonie ist seit vielen Jahren in Halle nicht zu hören, dafür deklamiert Herr Sachse nächste Woche zum wiederholten Male das in Konzertsälen und Kabaretts abgeklapperte Hexenlied. Daß Schillings in einem ganzen Konzert zur Geltung kommt, ist sehr begrüßenswert, aber wäre es nicht besser, daß die treffliche Frau Kemp uns statt des Hexenliedes noch einige Lieder singt? Und wenn es das Hexenlied sein soll, könnten wir es dann nicht einmal von einem bedeutenden Rezitator wie Mysenhoff hören? Es ist nie gut für eine Bühne und seit Jahrzehnten an vornehmen Bühnen auch nicht mehr üblich, daß der Direktor, und nun gar der Intendant persönlich als Sänger, Schauspieler und Rezitator auftritt. Der Leiter einer großen Bühne soll über dem Ganzen stehen und nicht nach dem Lorbeer des Darstellers mehr streben.

Jedenfalls ist es dringend Zeit, daß von der Theaterdeputation etwas in der Konzertfrage getan wird. Wie wäre es, wenn das Orchester sich zusammentäte — unabhängig vom Intendanten, also so, wie in vielen anderen Städten —, sich einen tüchtigen Konzertdirigenten wählte und mit diesem zusammen 10 Konzerte mit planmäßig, künstlerisch zusammengestellten Programmen und guten Solisten gäbe? Was dem Versteeg-Quartett gelungen ist, wird unserem Orchester, das dann wohl auch finanziell beteiligt sein könnte, auch gelingen. Nur Liebe zur Sache und eine etwas geschicktere Reklame müßte da sein!

Karl Erich.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Anmeldung und Beschlagnahme von Wertpapieren

Wir haben bereits die Einzelheiten der Bekanntmachung über die Anmeldung und Beschlagnahme ausländischer Wertpapiere laut Bestimmungen des § 10 Absatz 1 der Anlage zu Artikel 208 des Friedensvertrages mitgeteilt. Noch einmal sei hervorgehoben, daß abgabepflichtig deutsche Reichsangehörige einschließlich der in Deutschland ansässigen juristischen Personen und Gesellschaften sind, und daß sich die Anmeldepflicht vom 15. bis 31. Mai 1920 erstreckt. Die Ausgabe des „Deutschen Reichsanzeigers" vom 14. Mai bringt nun ausführlich die Bekanntmachung nebst Mitteilung über die Urkundenanmeldung sowie die Anlagen zur Ausführungsanweisung. Nach letzterer unterliegen von den an deutschen Börsen amtlich notierten Effekten folgende Werte der Anmeldung:

1. Britisches Reich: 5½proz. Amelia Nitrate Co. Ltd. Obl., Rosario Nitrate Co. Ltd. Aktien, St. Pauli Brewery ordp. hs., 4proz. St. Pauli Brewery Obl., St. Pauli Brewery preferred hs., Canada Pacific Shares, South West Africa Comp. Limited Shares. 2. Italien: Italienische Meridional Eisenbahn Ges. Aktien, Italienische Mittelmeer Eisenbahn Ges. Aktien, Sardinische Sekundärbahn Aktien, Banca Commerciale Italiana Aktien. 3. Belgien: Banque centrale Anversoise S. A. Aktien, Banque de Bruxelles S. A. Aktien, S. A. John Cockerill, Seraing 4proz. Obl. 4. Polen: Commerz-Bank in Warschau Aktien, Handelsbank in Lodz Aktien, Lodzer Fabrik Eisenb. Ges. in Warschau 4proz. Inneriv. Prior. Anl. v. 1901, Warschauer Diskonto-Bank in Warschau Aktien. 5. Tschecho-Slowakei: Prag-Duxer Kohlenwerke und Industriallwerke vorm. Joh. Dav. Stark in Unterreichenhain, Buschtiehrader Eisenbahn Prag Aktien Lit. B, Buschtiehrader Eisenbahn Prag Aktien 4proz. Anl v. 1896, Prag-Duxer Eisenbahn in Prag, Prioritätsaktien, Prag—Duxer Eisenb. in Prag Stammaktien, Aussig—Teplitzer Eisenb. Aktien, Aussig—Teplitzer Eisenbahnscheine, Aussig—Teplitzer Eisenb. 3½proz. Obl. v. 1886, Aussig—Teplitzer Eisenb. 4proz. Obl. v. 1899, 4proz. Hruschauer Eisenb. Obl. waren Obl.

Der Eigentümer hat die Wertpapiere durch Vermittlung einer inländischen Bank oder eines inländischen Bankiers einer Reichsbankanstalt anzumelden, und zwar unter Angabe der bei den Reichsbankanstalten erhältlichen Vordrucke. Der Eigentümer hat die Anmeldung zu unterschreiben und bei Versicherung abzugeben, daß er seine Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe.

*

* **Kaiser Elektromotorenfabrik A.-G. Leipzig.** Die im Oktober 1900 begründete Firma Gebr. Kaiser, Elektromotorenfabrik in Leipzig, ist mit einem Grundkapital von 1 000 000 M. in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden. Die ministerielle Genehmigung ist bereits erteilt. Zu Vorstandsmitgliedern sind die bisherigen Inhaber Moritz und Paul Kaiser bestellt worden. Zum Aufsichtsrat besteht aus Justizrat Dr. Drucker, Bankier Hellauer, Eisengießereibesitzer Edmund Becker, Kaufmann Julius Director Lamb, sämtlich in Leipzig.

* **Zur Geschäftslauheit in der Thüringer Waffenindustrie** wird mitgeteilt, daß die Zurückhaltung der Käufer besonders darauf zurückzuführen sei, daß Belgien bedeutend billiger liefere als Suhl. Viele Besteller haben infolgedessen ihre Gewehraufträge zurückgezogen. Auch in Remscheid und Solingen liegen die Dinge ähnlich.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbildung. Der neuerliche starke Rückgang fast aller Devisenkurse war zwar bei Eröffnung der Börse für die Kursbildung von teilweise weiter abschwächendem Einfluß, später trat jedoch eine leichte Befestigung auf den Hauptmarkt ein, da anscheinend die Auffassung sich durchzusetzen begann, die Erholung des Markkurses nicht automatisch einen Rückgang der Kurse der Aktienwerte nach sich ziehen müsse. Wesentlich trug auch die sprunghafte Aufwärtsbewegung der Schantungbahnaktien von 590 auf 623 zur Befestigung bei. Immerhin waren mäßige Rückgänge auf den Hauptgebieten in der Regel zahl, die aber nur bei Laurahütte, Oberbedarf, Badische Anilin, Elberfelder Farben und Deutsch-Ueberseer über 10 Proz. hinausgingen. Für einzelne Industriepapiere und besonders Kaliwerte waren ganz ansehnliche Besserungen festzustellen. Bankaktien verzeichneten mäßige Einbußen. Stark gefragt waren Kaiser nach. Heimische Rentenwerte lagen fest mit Ausnahme der dreiprozentigen Reichsanleihe.

Produktenbericht. Bei unverminderter Kauflust für Getreide hielten sich die Preise auf ungefähr gestrigem Stande. Wie es scheint, ist auf der schon drei Tage sich ziemlich gleichmäßig haltenden Preislage zunächst diejenige Grenze erreicht worden, bei der die Getreidestelle hier sowohl wie ausmärts kauft. Bei Hülsenfrüchte bleibt die Abneigung der Käufer zum Kaufe dieser und besonders von Erbsen bestehen, wogegen Verkäufer bei wachsender Nachfrage ihre Preise weiter erhöhen konnten. Wetter: schön.

Devisen-Notierungen:

	Geld	Brief		Berlin, 20. Mai Geld
Amsterd.-Rotterd.	1613,40	1616,60	New-York	43,70
Brüssel-Antwerp.	329,65	330,35	Paris	313,70
Christiania	799,20	800,80	Schweiz	784,30
Kopenhagen	719,25	720,75	Spanien	719,25
Stockholm	934,10	935,90	Wien (alles)	18,98
Helsingfors	219,75	220,25	Oesterreich abgest.	22,72
Italien	224,75	225,25	Prag	84,80
London	168,80	169,20	Budapest	20,08

Hafernotierungen:

Berlin, 20. Mai. Inländischer Hafer, für 1000 kg mit Gewicht loko ab Speicher frei Wagen —,— loko ab Bahn 3480—3500, sofortige Abladung ab Abladestationen 3380—3440 M. Tendenz fest.

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte		Deutsche Ueberseee-El.	1[illegible]
4% Deutsche Schatzscheine VI—IX	75,75	Deutsche Erdöl	[illegible]
5% Deutsche Reichsanl.	79,75	Deutsche Gasglühl.	[illegible]
" "	73,75	Deutsche Kali	[illegible]
3½ " "	68,90	Deutsche Waff. u. Mun.	[illegible]
3 " "	71,40	Donnersmarkhütte	[illegible]
4 Preuss. Konsols	74,90	Döring u. Lehrmann	[illegible]
3½ " "	63,40	Dürkoppwerke	[illegible]
3 " "	58,75	Elberfelder Farben	[illegible]
4 Charl. Stadtanl. 89/99	96,50	Engelhard Brauerei	[illegible]
4 Magdeb Stadtanl. 91/06	97,—	Felten u. Guilleaume	[illegible]
4% n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe	—,—	Gasmotoren Deutz	[illegible]
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	101,—	Gebhardt u. Co.	[illegible]
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 191	172,80	Gebhardt u. König	[illegible]
4½ Dessauer Gas-Oblig.	105,—	Gelsenkirch. Bergw.	[illegible]
" "	96,80	Glanziger Zuckerfbr.	[illegible]
Ausländ. Werte		Hallesche Masch.-Fabr.	[illegible]
4 Oesterr. Kron.-Rente	23,40	Hann. Masch.	[illegible]
4 Ungar. Gold-Rente	60,50	Harpener Berg.	[illegible]
4 Ungar. Kronen-Rente	29	Hasper Eisen	[illegible]
Eisenbahn-Aktien:		Hirsch Kupfer	[illegible]
Halberstadt-Blankenb.	86,—	Höchster Farbw.	[illegible]
Halle-Hettstedter	—,—	Hoesch Eisen u. Stahl	[illegible]
Schantungbahn	622,—	Hohenlohe-Werke	[illegible]
Allg. Lokalbahn	116,25	Humboldt-Masch.	[illegible]
Gr. Berl. Str.	134,—	Ilse-Bergbau	[illegible]
Magdeburger Str.-B.	146,—	Kahla-Porzellan	[illegible]
Lux. Prinz Heinrich.-B.	40,—	Kaliw. Aschersleben	[illegible]
Orientbahn	20,—	Körbisdf. Zucker-Akt.	[illegible]
Schiffahrts-Akt.:		Kyffhäuserhütte	[illegible]
Hambg. Paketfahrt	174,25	Lahmeyer u. Co.	[illegible]
Hambg.-Südamerika	—,—	Laurahütte	[illegible]
Hansa-Dampfschiff	—,—	Lingel. Erfurt	[illegible]
Nordd. Lloyd	170,60	Linke u. Hofmann	[illegible]
Banken:		Ludwig Loewe u. Co.	[illegible]
Bank für Thür.	160,—	Lothringer Hütte	[illegible]
Berl. Handelsges.	151,—	Mannesmannröhren	[illegible]
Comm u. Diskontobank	181,50	Maschinenfabr. Buckau	[illegible]
Darmstädter Bank	157,50	Oberschl. Eisenb.-Bed.	[illegible]
Dess. Landesbank	—,—	do. Caro Heg.	[illegible]
Deutsche Bank	282,—	do. Kokswerke	[illegible]
Diskonto-Comm.	202,—	Orenstein u. Koppel	[illegible]
Dresdner Bank	179,½	Phönix-Bergb.	[illegible]
Credit-Anst. Leipzig	173,25	Rhein. Metall-Verz.	[illegible]
Mitteld. Kreditbank	156,—	Rhein. Stahlwerken	[illegible]
Pfälz. Hypot.-Bank	174,—	Riebeck. Montan	[illegible]
Nationalbank	143,—	Rombacher Hütten	[illegible]
Oesterr. Kredit	92,25	Rositzer Braunk.	[illegible]
Reichsbank	147 —	Rositzer Zucker	[illegible]
Industrie-Aktien:		Sangerhäuser Masch.	[illegible]
Anhalt.-Brauerei	256,—	Huge Schneider u. Co.	[illegible]
Akt. f. Anilin	351,—	Schuckert u. Co.	[illegible]
Allgem. Elektr.-Ges.	310,—	Siemens u. Halske	[illegible]
Ammendorfer Papierf.	295,—	Stettiner Chamotte	[illegible]
Anhalter Kohlenw.	251,—	Stettiner Vulkan	[illegible]
Annaberger Steingut	322,—	Stollberger Zink.	[illegible]
Badische Anilin	406,50	Strals. Spielkarten	[illegible]
Bergmann-Elekt.-Akt.	201,—	„Terra" Samen-A.-G	[illegible]
Berl. Masch.-Bau	345,—	Thale-Eisenhütte	[illegible]
Bismarckhütte	390,—	Triptis-Akt.-Ges.	[illegible]
Bochumer Gußstahl	282,—	Türkische Tabakregie	[illegible]
Chem. Fabrik Buckau	260,—	Ver. Köln-Rottweiler	[illegible]
Chem. Griesheim	312,—	Glanzstoff Elberf.	[illegible]
Chem. v. Heyden	323,—	Wegelin u. Hübner	[illegible]
Consolidation Schalke	840,—	Wersch.-Weissenf. Brk.	[illegible]
Cröllwitzer Papierfabr.	—,—	Westeregeln-Alkali	[illegible]
Daimler-Motoren	229,—	Wittener Gußstahl	[illegible]
Deutsch-Luxemburg	272,75	Wrede-Mälzerei	[illegible]
		Zeitzer Masch.	[illegible]
		Zellstoff Waldhof	[illegible]
		Otavi-Minen	[illegible]

Tendenz: gebessert.

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten, Wirtschaft und Sport: Hans Heyn; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Fritz Seidlein. Anzeigenteil: Paul Sesten (sämtlich in Halle). Otto Thiele, Buch- und Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192005211-18/fragment/page=0004